

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

- a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
— Drucksache 9/147 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 725/79 hinsichtlich der finanziellen Unterstützung von Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 726/79 hinsichtlich der finanziellen Unterstützung von Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen

»EG-Dok. Nr. 10355/80«

- b) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
— Drucksache 9/1052 —

Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften betreffend die Anwendung der Verordnung Nr. 1302/78 des Rates über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen

Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Anwendung der Verordnung Nr. 1303/78 des Rates über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung

»EG-Dok. Nr. 8713/81«

A. Problem

Die seit 1978 eingetretenen drastischen Energiepreiserhöhungen machen den noch sparsameren Energieeinsatz und die Substitution von Öl durch andere Energieträger noch dringlicher als bisher.

B. Lösung

Aufstockung aller Plafonds zugunsten von Demonstrationsobjekten gemäß EG-Verordnungen 725/79 und 726/79 von bisher 150 Mio. RE auf nunmehr 310 Mio. RE.

Einmütigkeit im Ausschuß

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Bundesregierung aufzufordern, die von der Kommission vorgeschlagene Aufstockung der finanziellen Unterstützung von Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung und von Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen abzulehnen, allenfalls einer maßvollen Aufstockung zuzustimmen. Da die bisherige Durchführung der beiden Programme noch keine Feststellungen über ihre Effizienz erlaubt, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Aufstockung nicht angebracht. Falls die Bundesregierung bei den weiteren Verhandlungen einen Kompromiß eingehen muß, sollte sie sich für eine maßvolle Aufstockung einsetzen;
2. die Berichte —Drucksache 9/1052 — zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 12. Januar 1982

Der Ausschuß für Wirtschaft

Reuschenbach

Wolfram (Recklinghausen)

Stellv. Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wolfram (Recklinghausen)

Die Verordnungsvorschläge der EG-Kommission — Drucksache 9/147 — und die Berichte der EG-Kommission — Drucksache 9/1052 — sind dem Ausschuß für Wirtschaft federführend sowie dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages am 11. Dezember 1980 — Drucksache 9/37, Nummer 34 — und am 1. Oktober 1981 — Drucksache 9/859, Nummer 1 — überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuß hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 25. November 1981 beraten.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat Verordnungsvorschläge und Berichte ebenfalls am 25. November 1981 beraten.

Der in Punkt a) der Vorlagen enthaltene Antrag der EG-Kommission zur vorzeitigen Aufstockung des Plafonds von bisher 150 Mio. RE auf 310 Mio. RE wurde auf Wunsch des Rates bis zur Vorlage der Berichte über bisher gewonnene Erfahrungen in Punkt b) zurückgestellt. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die Berichte zwar eine wesentliche Ver-

besserung der bisherigen Informationsbasis zum derzeitigen Stand der Demonstrationsvorhaben darstellen, daß sie jedoch angesichts des kurzen Zeitraums seit der finanziellen Unterstützung der Projekte nur den Charakter von Zwischenberichten haben.

Der Ausschuß sieht in der Aufstockung des Plafonds auf 310 Mio. RE einen Zielkonflikt. Einerseits sei jede Demonstration von Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu befürworten, andererseits stünde den damit für die Bundesrepublik Deutschland verbundenen finanziellen Belastungen keine entsprechende Förderung von Projekten in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber. Der Ausschuß für Wirtschaft sieht dieses Ungleichgewicht für so gravierend an, daß er sich für seine Beschlußempfehlung die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zu eigen macht.

Namens des Ausschusses für Wirtschaft bitte ich das Hohe Haus, der oben genannten Beschlußempfehlung zuzustimmen.

Wolfram (Recklinghausen)

Berichterstatler